Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Austräger und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeigenpreise: Die 8gespaltene Petitzeile für Anzeigen aus Aue und Umgegend 30 Goldpfennige, auswärtige Anzeigen 35 Goldpfennige, Reklame-Petitzeile 60 Goldpfennige, amtliche Zeile 45 Goldpfennige.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1040

Nr. 35 — Mittwoch, den 11 Februar 1925 — 20. Jahrgang

Lohn- und Tarifffragen im Reichstag.

Umfall der Deutschnationalen.

Berlin, 9. Febr. Die Einzelberatung des Haushaltes des Reichsarbeitsministeriums und die mit der Beratung verbundenen zahlreichen Anträge aller Parteien werden fortgesetzt, und zwar mit der Besprechung über den Abschnitt Arbeitsvermittlung und Erwerbslosenfürsorge.

Abg. Bartschat (Dem.) beantragt, einen Betrag von 80 Millionen vorwiegend zur Unterstützung solcher Erwerbslosen zu verwenden, deren Unterstützungsdauer abgelaufen ist. Der Redner fordert weiter eine Summe von 80 Millionen Mark zur Herstellung von Klein- und Mittelwohnungen und zur Oedländerkultivierung.

Abg. Rädel (Kom.) verlangt Erhöhung der Mittel für produktive Erwerbslosenfürsorge auf 500 Millionen Mark.

Ministerialrat Weigert wendet sich gegen die Darstellung der Linken, als ob die letzte Erhöhung der Unterstützungssätze eine Knickerei sei. Für den Wohnungsbau sei die produktive Erwerbslosenfürsorge ungeeignet. Im kommenden Frühjahr werde voraussichtlich unter den Bauarbeitern keine Arbeitslosigkeit herrschen, eher werde es an gelernten Bauarbeitern fehlen.

Die Beratung wendet sich dann dem Abschnitt Tarifverträge, Lohn- und Schlichtungswesen zu. Abg. Gok (Dn.) stellt nach den Erfahrungen als Beisitzer im Schlichtungsverfahren fest, daß die Schlichtungseinrichtungen nur sehr kümmerliche Erfolge gehabt haben. Es sei ein verhängnisvoller Irrtum, zu glauben, daß der Unternehmer irgendein Interesse an niedrigen Löhnen hätte (Lachen links), er habe an richtigen Löhnen Interesse. Zu niedrige Löhne seien ein Zeichen dafür, daß ein Betrieb krank sei, und kein Unternehmer werde das wünschen. Was allerdings die richtigen Löhne seien, wisse kein sterblicher Mensch, auch der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses nicht. Der Redner fordert Beseitigung des § 6 der Schlichtungsordnung über die Verbindlichkeitserklärung. Die Arbeitsfreude werde durch diese Bestimmungen nicht gefördert, sondern nur gestört.

Abg. Aufhäuser (Soz.) wirft den Unternehmerverbänden vor, sie bemühten sich, nun sie wieder Boden unter den Füßen fühlten, soziale Reaktion zu betreiben. Den auf die Straße geworfenen Micum-Angestellten habe das Arbeitsministerium den Rat gegeben, sich nach Paris zu wenden. Warum habe man nicht denselben Rat gegeben, als es sich um die 700 Millionen Ruhrentschädigungen handelte.

Abg. Dr. Pfeffer (D. Vp.) erklärt, das System der Zwangstarife widerspreche dem System der Vertragsfreiheit. Der Redner weist die sozialdemokratischen Angriffe gegen die Arbeitgeberverbände zurück. Wenn man für den Zwangstarif eintrete, müsse man auch dem Arbeitgeber einen Rechtsschutz zugestehen.

Abg. Stegerwald (Ztr.) bezeichnet es angesichts der Machtlosigkeit der Gewerkschaften als eine Staatsnotwendigkeit, daß von Staats wegen in das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer eingegriffen wird.

Abg. Schneider (Dem.) betont die Notwendigkeit des Schlichtungswesens, um die Gefährdung öffentlicher Interessen durch Arbeitskämpfe zu vermeiden und weiter zu verhindern, daß die Lebenshaltung der Arbeiterschaft auf ein unerträgliches Niveau herabgedrückt wird. Der Redner beantragt, daß bei der Verbindlichkeitserklärung in Zukunft der Entscheidung des Schlichters eine Begründung beigegeben werden soll.

Um 6¼ Uhr wird die Haushaltberatung unterbrochen. Die über die Beschlüsse des Ausschusses hinausgehenden Anträge in der Erwerbslosenfrage werden abgelehnt. Es wird dann die zweite Beratung des

Wirtschaftsabkommens mit Siam,

bei der in der letzten Sitzung Beschlußunfähigkeit des Hauses eintrat, fortgesetzt. Zur Abstimmung steht der grundlegende Artikel 1, der die Zustimmung zu dem Abkommen enthält. Die Abstimmung ist namentlich.

Abg. Koch-Weser (Dem.) erklärt, es müsse durch die namentliche Abstimmung festgestellt werden, ob die Deutschnationalen die Konsequenz aus ihrer Anschauung über den Vertrag ziehen und dagegen stimmen werden, oder ob diese Worte, die der Agitation entnommen wurden, nur als billige Scheidemünze angesehen werden sollen. Nichts schädige das Ansehen des Reiches mehr als solche Worte. (Zustimmung links, Lachen rechts.)

Abg. Dittmann (Soz.) hält der Rechten vor, sie wolle nur die Macht in die Hände bekommen, aber sie drücke sich um die Verantwortung herum. Die Deutschnationalen wollten in der Regierung bleiben und den Bürgerblock für ihre Zwecke ausnutzen, sie sollten jetzt aber auch gezwungen werden, Farbe zu bekennen.

Abg. v. Freytag-Loringhoven (Dn.), der von lebhaften Aha-Rufen der Linken empfangen wird, erklärt, daß die Haltung der Demokraten und Sozialdemokraten in der letzten Sitzung seine Freunde veranlaßt hätte, ihre Stellung zu dem Vertrage noch einmal zu überprüfen. Ein Teil seiner Freunde stimme dem Vertrage trotz mehrfacher Bedenken im Interesse der Siam-Deutschen zu. Der Außenminister habe zwar Milderungsgründe angeführt, aber seine Einwendungen nicht berührt. In seinem Gesamturteil habe Stresemann ihm schließlich zustimmen müssen. (Lebhafter Widerspruch.) Der Redner bedauert unter dem Gelächter der Linken die Vorgänge des letzten Sonnabend und hält es für durchaus unzulässig, eine außenpolitische Frage nach innenpolitischen Gesichtspunkten zu entscheiden. (Anhaltendes Gelächter links.) Eine Mehrheit für die Vorlage sei unter allen Umständen gesichert. Auf eine Ablehnung des Vertrages hätten auch seine Gegner nicht gehofft. (Minutenlanges Gelächter in der Mitte und links.) Der Zweck seiner Rede sei gewesen, dem Auswärtigen Amt gegenüber dem Auslande den Rücken zu stärken. Es sei notwendig, daß eine große Partei im Reichstag tatkräftig darüber wache, daß die Interessen des Landes nicht geschädigt werden. Dieses Ziel sei auch durch die Kritik am Sonnabend erreicht worden. (Erneutes Gelächter links.) Infolge des Vorgehens der Demokraten und der Sozialdemokraten sei jetzt eine andere Aufgabe in den Vordergrund getreten. Jetzt handele es sich darum, daß unsere außenpolitischen Beziehungen nicht zum Spielball parlamentarischer Leidenschaften gemacht werden. (Großes Gelächter links und in der Mitte.) Deshalb hätten auch diejenigen seiner Freunde, die Gegner des Vertrages seien, sich entschlossen, dafür zu stimmen. (Gelächter links und in der Mitte.)

Abg. Koch-Weser (Dem.) beantragt, die Rede des Abg. v. Freytag-Loringhoven zum öffentlichen Anschlag zu bringen. (Große Heiterkeit.) So zynisch habe noch niemand die Verantwortungslosigkeit seiner eigenen Rede im Reichstage offen dargelegt. (Unruhe rechts, lebhafte Zustimmung links.) Der Zweck des Vorgehens der Demokraten sei, die Hohlheit der deutschnationalen Agitation, die sich seit fünf Jahren breitmache, einmal öffentlich hier festzustellen. (Zustimmung links und in der Mitte, Lachen rechts.)

Abg. Graf Westarp (Dn.) erklärt sich damit einverstanden, daß die Rede seines Parteifreundes zur weiteren Verbreitung im Lande angeschlagen werde. (Heiterkeit.) Das werde vielen Leuten die Augen öffnen. Sein Parteifreund habe keinen subjektiven Vorwurf eines Verstoßes gegen die Ehre des Reiches erhoben, sondern von nur objektiver Schädigung gesprochen. (Gelächter links.) Dem Volke werden die Augen geöffnet werden über den Zynismus der Demokraten und Sozialdemokraten, eine Frage der Außenpolitik lediglich zu entscheiden nach innenpolitischen und taktischen Rücksichten. (Zustimmung rechts, Lachen links und in der Mitte.)

Die Abstimmung über Artikel 1 ergibt die Annahme der Vorlage mit 244 gegen 129 Stimmen bei einer Enthaltung. Dagegen stimmen die Sozialdemokraten, die Kommunisten und Nationalsozialisten. Die Vorlage wird darauf auch in der dritten Lesung und in der Schlußabstimmung angenommen, ebenso die Entschließungen zugunsten der Siam-Deutschen. — Das Haus vertagt sich auf Dienstag 2 Uhr: Reichsarbeitsministerium. — Schluß 7 Uhr.

Höfle legt sein Mandat nieder.

In der gestrigen Reichstagssitzung teilte Präsident Löbe mit, daß der Abgeordnete Dr. Höfle sein Mandat niedergelegt hat. Im Untersuchungsausschuß des Reichstages war am Sonnabend, wie bereits berichtet wurde, angekündigt worden, daß die Staatsanwaltschaft ein strafrechtliches Verfahren gegen den früheren Reichspostminister Dr. Höfle wegen der Postkredite einzuleiten beabsichtige. Durch die Niederlegung des Mandats verzichtet der frühere Reichspostminister auf den Schutz der Immunität.

Ferner hat Dr. Alsberg dem Generalstaatsanwalt mitgeteilt, daß Dr. Höfle darum bitte, ihm Gelegenheit zu einer eingehenden Widerlegung der gegen ihn gerichteten Vorwürfe zu geben. Gleichzeitig hat er die Bitte ausgesprochen, vom Erlaß eines Haftbefehls Abstand zu nehmen, da Dr. Höfle nicht daran denke, vor dem ihm drohenden Strafverfahren zu fliehen. Der Klagevorwurf geht dahin, daß Dr. Höfle als Postminister sich der passiven Bestechung und Amtsuntreue schuldig gemacht hat.

Reichskanzler Dr. Luther in Köln.

Köln, 9. Febr. Reichskanzler Dr. Luther ist in Begleitung des Reichsjustizministers Dr. Frenken heute mittag zum Besuch der rheinischen Metropole mit dem fahrplanmäßigen Zuge auf dem Hauptbahnhof eingetroffen. Vertreter der Regierung und der Stadt hatten sich zum Empfang eingefunden. Der Reichskanzler und der Reichsjustizminister begaben sich sogleich im Automobil nach dem Rathause. Hier fand der Empfang durch den Oberbürgermeister Dr. Adenauer statt. Der britische Delegierte bei der Rheinlandkommission stattete dem Kanzler seinen Besuch ab.

Köln, 9. Febr. Während des zu Ehren des Reichskanzlers Dr. Luther von der Stadt Köln heute veranstalteten Festessens ergriff Oberbürgermeister Dr. Adenauer das Wort zu einer Rede, in der er zunächst den Reichskanzler mit herzlicher Freude willkommen hieß. Weiter führte Dr. Adenauer aus: Es handelt sich nicht mehr darum, ob die Kölner Zone fristgemäß oder einige Wochen später geräumt wird, nein — in Wirklichkeit steht zur Debatte die Frage, ob die Besetzung des rheinischen Gebietes ohne Rücksicht auf die ihre Zeit begrenzenden Artikel des Versailler Vertrages dauernd bleiben soll. Die Empörung und Bitterkeit, die uns erfaßt hat, wächst von Tag zu Tag, wenn wir sehen, wie vom Auslande die Frage der Räumung behandelt wird. Das Rheinland ist eines der ältesten Kulturgebiete Europas, aber mit Millionen seiner Einwohner verfährt man im Zeitalter der Demokratie wie mit einem Negerstamm im Innern Afrikas. Wir Rheinländer verlangen von den Völkern der Besatzungsmächte, daß sie die Räumungsfrage, die für das Schicksal Europas entscheidend ist, mit mehr durch den Ernst und die Bedeutung der Sache gebotener Eile mit aller Loyalität und im Sinne der wahren geistigen Abrüstung, die für die Wohlfahrt ganz Europas unerläßlich ist, behandeln. Wir Rheinländer wollen eine vernünftige, die Freiheit Deutschlands und die Befriedung Europas erstrebende Politik. Die Ausführungen Adenauers endeten mit einem Hoch auf den Reichskanzler.

Reichskanzler Dr. Luther erwiderte auf die Rede des Oberbürgermeisters u. a.: Rheinlands Schicksal ist Deutschlands Schicksal, Rheinlands Freiheit ist Deutschlands Freiheit. Das ist die Auffassung der deutschen Reichsregierung. Wir haben dafür gesorgt, daß das Rheinland nicht zur Reparationsprovinz wurde. Wir werden weiter dafür sorgen, daß die politische Auseinandersetzung zwischen Deutschland und den Alliierten nicht zum Schaden des Rheinlandes sich vollzieht. Der deutsche Reichskanzler kann von der Frage der Nichträumung der nördlichen Rheinlandzone nicht sprechen, ohne immer wieder in die Welt hinauszurufen, daß die Grundlagen für die einseitige Entscheidung der Alliierten über die Nichträumung bis zum heutigen Tage nicht mitgeteilt worden sind. Der Tatbestand ist also, daß die Voraussetzungen für Verhandlungen über die Räumung ausschließlich von seiten der Alliierten nicht erfüllt worden sind. Zu Verhandlungen ist die deutsche Regierung, wie ich es bei jeder sich bietenden Gelegenheit ausgesprochen habe, bereit. Die deutsche Regierung ist ebenso bereit, Anstände, die etwa von seiten der Verbündeten in der Frage der Entwaffnung erhoben werden, oder die sonst zur Kenntnis der deutschen Regierung kommen, aufs schnellste auszuräumen. Das Ziel der Verhandlungen, das wir mit allem Nachdruck erstreben, muß sein die schnelle Räumung der nördlichen Rheinlandzone, damit das Rheinland das erhält, was ihm nach dem Versailler Vertrag zusteht! Von politischer Seite ist in der französischen Presse ausgesprochen worden, daß die Räumung der Kölner Zone nicht etwa nur von der Entwaffnungsfrage, sondern auch davon abhängig gemacht werden solle, daß vorher ein besonderer Sicherheitspakt zugunsten Frankreichs zustandekommt. Dazu muß ich folgendes betonen: Ich habe namens der deutschen Regierung ausgesprochen, daß die deutsche Reichsregierung bereit ist, an der Lösung der Sicherheitsfrage positiv mitzuarbeiten. Wenn man aber von der Lösung dieser Frage die Räumung abhängig macht, so muß dieser Gedanke, der keinerlei Begründung im Vertrag von Versailles findet, mit allem Nachdruck zurückgewiesen werden. Oberbürgermeister Dr. Adenauer hat seine Ausführungen in ein Hoch auf den gegenwärtigen Reichskanzler ausklingen lassen. Ich sehe darin eine grundsätzliche Zustimmung zu den Zielen der Politik, die sich die gegenwärtige Reichsregierung stellt. Gerade aus dem Geiste heraus, in dem ein Führer das große Schicksal über kleine und kleinliche Zwistigkeiten setzen will, möchte ich von dieser Stelle aus die Bitte an das ganze Deutschland richten, der gegenwärtigen Reichsregierung die Bahn für die Arbeit frei zu öffnen. Dazu gehört auch, daß die hämischen Versuche, Zwistigkeiten zwischen Mitglieder des Kabinettes zu